

Pressemitteilung

Berlin, 9. August 2021

27 Berliner stadt- und mietenpolitische Initiativen veröffentlichen gemeinsam das „Mietenpolitische Dossier 2021“

Am heutigen 9. August haben 27 Berliner stadt- und mietenpolitische Initiativen im Rahmen einer Pressekonferenz im Haus der Statistik das „Mietenpolitische Dossier 2021“ vorgestellt. Vor dem Hintergrund der weiteren Verschärfung der Probleme auf dem Berliner Wohnungsmarkt intervenieren die Initiativen damit in 22 Beiträgen in den Berliner Wahlkampf und stellen Forderungen an die kommende Landesregierung.

„Viele Errungenschaften der letzten Jahre, die zu einer sozialeren Ausrichtung der Wohnungspolitik in Berlin führten, wurden von der Mieter:innenbewegung initiiert. Von hier kamen nicht nur Forderungen, sondern auch konkrete Umsetzungsvorschläge. An diese Tradition knüpfen wir jetzt mit dem ›Mietenpolitischen Dossier 2021‹ an“, sagt Lorena Jonas von der Initiative 23 Häuser sagen NEIN!

Im „Mietenpolitischen Dossier 2021“ analysieren die Autor:innen die Probleme auf unterschiedlichen stadt- und wohnungspolitischen Feldern: steigende Mieten, Verdrängung, Zwangsräumungen, Diskriminierung, fehlende Mitbestimmung und fehlender sozialer Neubau, der nicht vorhandene Schutz von Gewerbe und soziokulturellen Räumen, die Bodenfrage und auch die Probleme des digitalen Wohnungsmarktes. In den Beiträgen werden konkrete Lösungen entwickelt, die allesamt von der nächsten Landesregierung umsetzbar sind und sofortige Verbesserungen bewirken können.

„Es kann nicht sein, dass auch unter Rot-Rot-Grün die Immobilienwirtschaft weiter einen höheren Stellenwert als die Belange der Mieter:innen hatte. Wichtige Projekte sind an den Mühlen der Verwaltung oder an Hinterzimmerpolitik gescheitert. Wir brauchen endlich eine Wohnungspolitik im Interesse der Mieter:innen! Mit dem Dossier präsentieren wir der kommenden Regierung Vorschläge für eine wirklich soziale Stadtentwicklung, die umgesetzt werden müssen!“, so Lisa Vollmer von Stadt von Unten.

„Mit dem Dossier setzen wir Initiativen den Maßstab, an dem sich die Parteien und ihre Kandidat:innen messen müssen - vor der Wahl, während der Koalitionsverhandlungen und im Zuge einer 100-Tage Bilanz“, kommentiert Wolfgang Mahnke von der MieterWerkStadt Charlottenburg. Um dies zu unterstreichen, haben die Initiativen Wahlprüfsteine auf der Grundlage des Dossiers angekündigt, die demnächst öffentlich vorgestellt werden.

Mit ihren Antworten darauf können alle Parteien zeigen, wie sie es mit einer sozialen Wohnungspolitik halten. Alle Berliner*innen, die sich einen mieten- und stadtpolitischen Wandel wünschen, können daran überprüfen, bei wem sie im September ihre Kreuze an der Wahlurne machen wollen.

Das Dossier und alle Hintergrundinformationen sind ab sofort digital unter <https://iniforum-berlin.de/dossier21> und in gedruckter Form per Anfrage an info@iniforum-berlin.de oder an die 27 Initiativen verfügbar.

Pressekontakt

Initiativenforum Stadtpolitik Berlin
Fabian Steinecke

presse@iniforum-berlin.de / fabian.steinecke@iniforum-berlin.de

Telefon: +49 1788244664